

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/69

Bonn, den 11. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Von Godesberg nach Godesberg</u> Von Hans Jürgen Wischnewski, Bundesgeschäftsführer der SPD	95
3	<u>Partei- und Kabinettskrise zugleich</u> Landesregierung von Schleswig-Holstein ablösungsbereit	53
4 - 5	<u>Hinter der Entwicklung zurückgeblieben</u> Niederschmetternde Ergebnisse in bayerischen Volksschulen	67
6 - 7	<u>Ganegleichen in der Welt</u> Umfassende Schulreform in Schweden	57

Von Godesberg nach Godesberg

Von Hans Jürgen Wischnewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

In wenigen Tagen findet in Bad Godesberg ein außerordentlicher Parteitag der SPD statt. Für die politische Arbeit der Partei und insbesondere für die Wahlauseinandersetzung im Herbst dieses Jahres wird er von großer Bedeutung sein. Ort und Jahr gemahnen an einen anderen Parteitag, der für die Entwicklung der SPD sehr wichtig war.

Vor nunmehr einem Jahrzehnt wurden auf einem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg Entscheidungen gefällt, die der damals nahezu hundert Jahre alten Partei neue Züge verliehen haben, weil sie diese als Arbeiterpartei entstandene politische Willensgemeinschaft öffneten gegenüber allen Bürgern der Bundesrepublik, die sich der Demokratie unseres Landes und einer Politik der sozialen Reformen verpflichtet fühlen. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programmes wurde damals ein entscheidender Schritt zur Volkspartei zurückgelegt. So hieß es im Grundsatzprogramm von 1959, das auch heute seine Gültigkeit nicht verloren hat: "Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte."

Der Weg, den die SPD seit Godesberg einschlug, ist klar und konsequent. In ihrer Substanz hat sich die Partei nicht verändert.

Die Ausgangsposition hat sich allerdings gegenüber 1959 gewandelt. Damals stand die Sozialdemokratische Partei trotz Stimmenzuwachs in den Bundestagswahlen seit zehn Jahren in der Opposition. Ihre Politiker waren zwar, wie die Leistungen in den sozialdemokratisch geführten Ländern und Gemeinden, aber auch das Grundsatzprogramm beweisen, in der Lage, weitreichende Reformpläne vorzulegen - aber sie hatten keine Möglichkeit, ihre Initiativen in der Bundespolitik zu verwirklichen. Heute sieht es anders aus. Nachdem die SPD ihre Bundestagsmandate in den beiden auf Godesberg folgenden Wahlen erhöhen konnte, mußte sie bereits ein Jahr nach den Bundestagswahlen von 1965 in die Regierungsverantwortung gerufen werden, weil die Bundesrepublik in eine schwere politische und wirtschaftliche Krise geraten war.

Doch die Verantwortung allein kennzeichnet nicht die neue Ausgangsposition: Trotz der Schwierigkeiten, die in einer Koalitionsregierung zu überwinden sind, gelang es den Sozialdemokraten in nur zwei Jahren, die politischen Konturen so zu ver-

ändern, daß es in wesentlichen Bereichen von Politik und Wirtschaft kein Zurück mehr gibt. Eingeleitet wurde eine neue, geradlinige und glaubwürdige Außenpolitik. In der politischen Praxis wurde nachgewiesen, daß eine so empfindliche Volkswirtschaft wie die deutsche nur durch vorausschauende Planung auf die Dauer gesichert werden kann. Für wichtige sozialpolitische Initiativen hat die SPD die Weichen gestellt. Auf vielen anderen Gebieten ist die Handschrift der SPD deutlich zu erkennen. Auf der Grundlage dieser Leistungen in der Regierungsverantwortung geht sie nun zum zweiten Mal nach Godesberg.

Auf diesem Parteitag geht es für die Delegierten nicht zuletzt darum, die Wandlungen zu diskutieren, die aufgrund der neuen Ausgangsposition in allen Gliederungen der Partei zu erkennen sind. Es liegt auf der Hand, daß der Eintritt der SPD in die Koalitionsregierung auch unter den Mitgliedern eine neue Situation geschaffen hatte.

Es ging in der Regierungsverantwortung nicht nur darum, Forderungen zu artikulieren, sondern es war auch notwendig, Wege zu ihrer Verwirklichung zu finden. Die SPD hat eine große Zahl wichtiger Initiativen programmgerecht durchsetzen können, andere jedoch muß sie bis zur nächsten Legislaturperiode vertagen, weil der Koalitionspartner sich sperrt.

Auf dem Parteitag von Godesberg werden Fraktion und Regierungsmitglieder den Repräsentanten der Partei Rechenschaft ablegen über ihre Arbeit und nach einer Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Ausgangsposition vom Herbst 1966 aufzeigen, was sie in der relativ kurzen Zeit verändern und verbessern konnten, welche Wege sie neu beschritten haben und wo sie auf den Widerstand der CDU/CSU gestoßen waren.

Durch eine zweite wichtige Aufgabe dieses Parteitages wird eine Brücke von Godesberg nach Godesberg geschlagen. Was 1959 im Grundsatzprogramm auf lange Sicht festgelegt wurde, wird nun - auf der Basis der Regierungserfahrungen - seine kurzfristige programmatische Ergänzung finden: Auf dem Parteitag werden eine Reihe von Initiativen erarbeitet, die in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht werden müssen. War es zentraler Aspekt des ersten Godesberger Parteitages, die Bedeutung der SPD für demokratische und soziale Reformen aufzuzeigen, geht es nun darum, die prinzipiell unveränderten Zielsetzungen umzusetzen in aktuelle politische Maßnahmen, durch die verstärkt vorangetrieben wird, was von den Sozialdemokraten bereits in der Großen Koalition eingeleitet wurde: Die Entwicklung und Sicherung dieser Gesellschaft durch ein klares und geschlossenes Reformprogramm. Das ist nur möglich, wenn die SPD die politische Führung übernimmt. Der zweite Godesberger Parteitag der SPD wird eine wichtige Etappe auf dem Wege sein, den Staat und Gesellschaft beschreiten müssen, wenn sie die Aufgaben der siebziger Jahre lösen wollen.

Partei- und Kabinettskrise zugleich

Landesregierung von Schleswig-Holstein ablösungsreif

kn. - Die schleswig-holsteinische CDU steckt in einer Parteikrise und in einer Kabinettskrise, die ihresgleichen suchen. Beide Krisen sind von dieser Partei und vor allem von ihrem Landesvorsitzenden, dem Ministerpräsidenten Dr. Lemke selbst inszeniert worden - zum Schaden des Landes und der Demokratie. Im Grunde haben die Christdemokraten in Schleswig-Holstein abgewirtschaftet und sind ablösungsreif.

Es begann mit der Vermengung von Ministeramt und wirtschaftlicher Betätigung, die Wirtschaftsminister Knudsen veranlaßte, das Ministeramt aufzugeben. Die Versetzung des Justizministers Gerhard Gaul in das Wirtschaftsministerium mag noch angängig gewesen sein. Was der Kieler Regierungschef sich dann aber leistete, kennzeichnet ihn als einen Mann, der man eigentlich als Regierungschef von Schleswig-Holstein verabschieden sollte.

Kultusminister Claus-Joachim von Heydebreck war, obgleich menschlich integer, mit seinem Amtsbereich nicht mehr fertig geworden, mit den Fragen der Schule, der Universität und der unruhigen Jugend. Dr. Lemke aber schickte diesen Mann, der für sein Alter gut versorgt ist, ins Justizministerium, was den Protest von Richtern und Staatsanwälten mit Recht hervorrief.

Dann holte sich der Regierungschef einen alten Bekannten, den niemand in Schleswig-Holstein kennt, den Pastor Hennemann aus dem holsteinischen Dorf Leezen ins Kultusministerium. Über ihn sagte die Junge Union: "Von einem Mann, nicht aus dem zweiten Glied, sondern aus der vierten Reihe kann man nicht erwarten, daß er innerhalb kurzer Zeit die entscheidenden Maßnahmen treffen kann". Mit Recht.

Landtagspräsident Dr. Paul Rohloff (CDU) hatte sich als Justizminister angeboten, aber dann wäre der CDU-Fraktionsvorsitzende Staatsrat Mentzel zum Landtagspräsidenten angestanden. Das wollte offenbar der Kieler Regierungschef nicht. Am Tage dieser Personalentscheidung schickte er einen Brief, den sein Stellvertreter, der Innenminister Dr. Schlegelberger, formuliert hatte, an Mentzel. Darin schrieb Lemke dem Staatsrat, er habe von hochgestellten Persönlichkeiten etwas über dunkle Flecke in Mentzels Vergangenheit gehört.

Diesen Brief hätte der CDU-Vorsitzende Dr. Lemke nie schreiben dürfen. Er hat sich dadurch als Politiker disqualifiziert. Er hat dunkle Flecke aus der Vergangenheit zur personalpolitischen Intrige von heute mißbraucht. Schließlich hatten Mentzel wie Lemke Bürgermeisterrämter im Dritten Reich - und wenn man in den Annalen der braunen Vergangenheit mancher CDU-Oberen von Schleswig-Holstein nachblättert - kämen noch ganz andere Dinge zutage und müßten noch ganz andere Leute von ihren Ämtern abgeißelt werden.

Die sozialdemokratische Opposition hat durch den amtierenden Oppositionsführer Schulz detaillierte Aufklärung über die Briefmotive und ihre Hintermänner verlangt. Schulz hat deutlich den Personal-schub im Kabinett kritisiert. Wörtlich sagte Schulz: "Die Opposition fordert vom Ministerpräsidenten klare Antworten zu den Kernfragen der von ihm verursachten Kabinettskrise".

Der Regierungschef von Schleswig-Holstein sollte die Vorhaltungen der Opposition sehr ernst nehmen. Sie befindet sich in Übereinstimmung mit der Jungen Union von Schleswig-Holstein und einer starken Gruppe in der CDU. Es ist ernst zu nehmen, wenn Schulz sagte, die SPD-Fraktion werde ihr weiteres parlamentarisches Verhalten gegenüber Dr. Lemke von der Beantwortung der ihm gestellten Fragen abhängig machen.

Hinter der Entwicklung zurückgeblieben

Niederschmetternde Ergebnisse in bayerischen Volksschulen

sp - Die Bildung der neuen Schulsprengel erfolgt in vielen Teilen Bayerns unter heftigen Geburtswehen. Die mangelhafte Vorbereitung des 9. Schuljahres und die fehlende Voraussicht der vergangenen Jahre machen sich jetzt schmerzlich bemerkbar. Bei der Zusammenfassung kleiner Volksschulen zu leistungsfähigeren Schulkörpern fehlt es häufig an geeigneten Schulhäusern. Zahlreiche neugebildete Verbandsschulen müssen daher Klassen in andere Gemeinden auslagern. Diese häufig auch gewollte "Heimatnähe" führt zu einem unnötigen Zeitaufwand und zu einem Schulbusverkehr, der einen wesentlich größeren Umfang annehmen muß als es bei der Bildung von Mittelpunktschulen der Fall ist.

Die SPD in Bayern hat zwar die Genugtuung, sich mit ihrem jahrelangen Kampf um die Volksschulreform durchgesetzt zu haben; sie hat sich allerdings die Realisierung dieses Zieles nicht unter solchen widrigen Begleiterscheinungen vorgestellt, wie sie jetzt vielfach anzutreffen sind. Wenn die CSU die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt hätte; wenn es z.B. im Jahre 1960, nach der SPD-Interpellation zur Landschulreform, zu einem Zusammenwirken im Landtag gekommen wäre, könnte die Neuorganisation des Volksschulwesens nahezu reibungslos und ohne die kostspieligen Fehlinvestitionen längst vollzogen sein. Doch die CSU, eingesponnen in ihre Vorurteile, wehrte sich gegen den Namen "Mittelpunktschule". Jetzt dürfte es wohl unbestritten sein, daß die Mittelpunktschule die zweckmäßigste Form ist, um überall im Lande moderne und leistungsfähige Volksschüler zu schaffen.

Wie nicht anders zu erwarten war, versuchen konservative Kreise die zum Teil berechtigten Klagen vieler Eltern dazu auszunützen, die Volksschulreform zu bremsen. Bezeichnend für derartige Bestrebungen ist die Replik der Landräte von Altötting und Eggenfelden auf Angriffe des BLLV-Präsidenten Wilhelm Ebert. Vor allem Landrat Ostermeier scheint den Ehrgeiz zu entwickeln, den Vorwurf der "Misthaufen-Ideologie" noch nachträglich rechtfertigen zu wollen. In einem Brief an die Deutsche Presse-Agentur beharrte er auf seiner Meinung, wonach das 9. Schuljahr überflüssig sei. Nach seiner Auffassung sei die Volksschule ihrer Aufgabe in Deutschland jahrzehntelang sogar in sieben Schulpflichtjahren gerecht geworden.

Diese hinterwäldlerische Gesinnung trägt ein Gutteil Verantwortung dafür, daß gerade in Bayern ländliche Volksschulen hinter der Entwicklung zurückgeblieben sind. Kürzlich ist ein Test bekannt geworden, an dem 4.350 Absolventen bayerischer Volksschulen auf dem Lande beteiligt waren. Es handelte sich um Bewerber für die Aufnahme in eine Landwirtschaftsschule. Der "Münchener Merkur" berichtet darüber, daß die Ergebnisse offenbar so niederschmetternd waren, daß sich das bayerische Landwirtschaftsministerium entschlossen habe, die Aufnahmebedingungen für die landwirtschaftliche Fachschule zu verschärfen.

Ein Diktät, bestehend aus 247 Wörtern, haben nur 4% der Schüler und 9% der Schülerinnen fehlerlos geschrieben. Eine kinderleichte Multiplikations- und Divisionsrechnung, wie sie in der 4. Klasse der Volksschule gelehrt wird, wurde von 25% der Volksschulabsolventen nicht bewältigt. An einer Prozentrechnung, wie sie zum Stoff der 6. Volksschulklasse gehört, scheiterten 49 Prozent der Schüler und 57 Prozent der Schülerinnen. Zahlreiche andere Untersuchungen bestätigten in den letzten Jahren, daß die Landschule bisheriger Prägung den Erfordernissen unserer Zeit nicht mehr genügt.

Auch die Anspielungen der beiden Landräte auf die finanziellen Folgelasten, über die sich angeblich der BLLV-Präsident nicht zu kümmern brauche, erweisen sich als Bumerang. Ein leistungsfähiges Volksschulsystem auf dem Lande wäre wahrscheinlich erheblich billiger gekommen als die Verzettelung der Gelder in den Bau von ungegliederten und wenig gegliederten Volksschulen. Gewiß, in erster Linie wäre es Aufgabe der Bayerischen Regierung gewesen, Initiativen für eine fortschrittliche Schulpolitik zu ergreifen. Eine erhebliche Schuld trägt jedoch auch die Gesinnung zahlreicher Ortsgewaltiger überall im Lande, wie sie in der Äußerung der beiden Landräte sichtbar geworden ist. Es wäre besser gewesen, wenn sie sich ihrer Verantwortung, von der sie so gern reden, in den vergangenen Jahren wirklich bewußt gewesen wären; nämlich der Verantwortung gegenüber den Kindern.

Ohnegleichen in der Welt.

Umfassende Schulreform in Schweden

sp- Schweden bereitet sich auf den nächsten Schritt einer umfassenden Schulreform vor, die in der Welt ihresgleichen sucht. Nachdem die Gesamtschule unter Dach und Fach gebracht und das Abitur abgeschafft wurde, ist man nun dabei, die weiterführenden Schulen zusammenzulegen, durchlässig zu machen und rationell zu gestalten. Schweden baut sich im Grunde jetzt das Schulsystem auf, das ein Staat im Zeichen der zweiten industriellen Revolution benötigt.

Nach einer Untersuchung des Stockholmer Bildungsministeriums unter dem designierten neuen schwedischen Staatsminister Olaf Palme (Sozialdemokrat) werden Anfang 1971 rund 85 Prozent eines Schülerjahrganges in Schweden entweder Gymnasien, Fachschulen oder Vollzeitberufsschulen besuchen. Diese drei Sparten werden, wo es schon möglich ist, in e i n e m Schulgebäude und möglichst von e i n e m Lehrkörper unterrichtet. Dabei geht man davon aus, daß 1975 35 Prozent aller Schüler ein Gymnasium, 25 Prozent eine Fachschule und 40 Prozent die Vollzeitberufsschule besuchen werden. Bis dahin soll dann auch die Zusammenlegung der weiterführenden Schulen abgeschlossen sein.

Der Reichstag in Stockholm hat auf Anregung der Sozialdemokraten, die dort die absolute Mehrheit besitzen, bereits einstimmig die jetzt anlaufende nächste Stufe der großen Schulreform von Schweden beschlossen. Danach werden Gymnasien, Fachschulen und Berufsschulen zu einer gemeinsamen Jugendschule zusammengefaßt. Sie wird den Namen "Gymnasialschule" tragen. Die pädagogische Überlegung, von Olaf Palme forciert, lautet: Unabhängig vom Berufsziel ist die Ausbildung eines jeden Jugendlichen gleich ernst zu nehmen. Der junge Mensch ist zur Selbständigkeit in seinem neuen Beruf hinzuführen und auch dazu, daß er aufgrund der Schulbildung in seinem Berufsleben in der Lage ist, mehrfach den Beruf zu wechseln.

In den ersten gemeinsamen weiterführenden Schulen sind schon die technischen Züge von Gymnasium, Fachschule und Berufsschule vereinigt worden. Der Unterricht wird gemeinsam gegeben. Die großzügigen tech-

nischen Experimentiergeräte in den Schullabors stehen allen zur Verfügung. Sie werden rationell genutzt. Die Schüler lernen sich gegenseitig kennen. Sie können vor diesem Hintergrund noch ihr Berufsziel ändern und in einen anderen Schulzweig überwechseln.

Die Berufsschule in der Gymnasialschule wird zweijährig sein. Auch in seinem zehnten und elften Schuljahr wird der Schüler noch Schwedisch, eine Fremdsprache nach Wahl, Staatsbürgerkunde und dann stufenweise eine Spezialausbildung auf den Beruf hin erhalten. Die weitere Spezialisierung erfolgt dann am Arbeitsplatz in der sogenannten Lehre. Aber nach den schwedischen Perspektiven wird es hier die handfeste Unterweisung in einem Beruf sein, während das vorgegebene Wissen den jungen Berufstätigen in den Stand versetzen soll, auch später schnell mit Hilfe staatlicher Berufsumschulen in einen anderen Beruf überzugehen.

Im schwedischen Staatshaushalt stehen in diesem Jahr 3,5 Millionen Kronen bereit, um die Lehrer in den neuen Gymnasialschulen in die Lage zu versetzen, in allen drei Sparten zu unterrichten, so daß es einen einheitlichen Lehrkörper geben wird. In den ersten neuen Gymnasialschulen in Schweden sind bereits Fernsehanlagen installiert worden. Grundlegende Unterrichtsstoffe werden über Monitoren in alle Schulzimmer vermittelt. Daran schließt sich dann der differenzierte Unterricht, getrennt nach Gymnasium, Fachschule und Vollzeitberufsschule an. Bis diese Anlagen komplett sind, ist man bereits dazu übergegangen, für spezielle allgemeingültige Fachthemen den in Frage kommenden Teil der Schülerschaft in der Aula zusammenzufassen.